

## Heiße Luft

Die fünf größten Schwachstellen im Klimaprogramm der Bundesregierung

Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 die nationalen Klimagasemissionen um 40 % gegenüber dem Stand von 1990 senken. Davon sind zum heutigen Zeitpunkt bereits knapp 20 % erbracht. Ein erheblicher Teil davon wurde zu Beginn der 1990er Jahre nach dem Zusammenbruch der ehemaligen DDR-Wirtschaft erreicht.

Aktive Klimapolitik unter Rot-Grün hat zu einer weiteren Verminderung bis 2005 auf etwa 800 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr geführt. In Industrie-, Gewerbe- und Privathaushalten senkte sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß kontinuierlich. Durch die Einführung der Ökosteuer konnte bis 2005 auch der in den 1990er Jahren starke Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emission im Verkehrsbereich deutlich abgemildert werden.

Besonders deutlich wird der Erfolg Grüner Klimapolitik beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Im Jahr 2000 beschlossen, hat das EEG zu einem beispiellosen Boom der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequelle geführt, der den Anteil klimafreundlich erzeugten Stroms auf 14,5 % hat anwachsen lassen und darüber hinaus zur Entwicklung neuer, zukunftsfähiger Unternehmen mit weit über 200.000 Arbeitsplätzen geführt hat. Deutschland ist heute weltweit führend im Zukunftsmarkt der Wind- und der Solarstromerzeugung.

Auch in Punkto Energieeffizienz kann die jetzige Bundesregierung auf den Ergebnissen rot-grüner Klimapolitik aufbauen. Im kürzlich erstellten Energieeffizienzplan bis 2016 gehen nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums 61 % der anvisierten Energieeinsparung auf die seit 1995 beschlossenen Maßnahmen zurück.

Diesen Taten von Rot-Grün hat die heutige Bundesregierung vor allem Worte folgen lassen. So richtig das propagierte CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel von 40 % bis 2020 auch ist, so sicher zeichnet sich jetzt bereits ein Scheitern ab. Denn die klimapolitischen Säulen der Bundesregierung sind auf Sand gebaut.

### 1. Die Bundesregierung rechnet ihre Klimapolitik schön

Das Integrierte Klima- und Energieprogramm (IKEP) soll die CO<sub>2</sub>-Emission in Deutschland nach Berechnungen der Bundesregierung bis 2020 um 220 Mio. t CO<sub>2</sub> senken. Doch diese Rechnung ist zutiefst blauäugig. Das belegt eine kritische Gegenrechnung von Greenpeace. Demnach erreichen die IKEP-Maßnahmen bestenfalls eine Minderung um 160 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr.

Statt der angestrebten 40 % würde sich der Ausstoß an Klimagasen bis 2020 um höchstens 30 % gegenüber 1990 verringern. Da fast 20 % bereits in der Vergangenheit erreicht wurden, würde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland bis 2020 nicht einmal mehr

um 1 % pro Jahr zurückgehen. Damit würde der seit 1990 anhaltende Trend bei der nationalen Klimagasemission in den kommenden Jahren verschlechtert – Deutschland würde seine CO<sub>2</sub>-Minderung also verlangsamen. Angesichts des heute bekannten Ausmaßes der Klimagefahren und der immer knapper werdenden Zeit zu Handeln ist dies verantwortungslos und steht im krassen Missverhältnis zu den vollmundigen Ankündigungen der Bundeskanzlerin.

## **2. Neue Kohlekraftwerke torpedieren Klimapolitik**

Die Pläne zum Neubau von bis zu 30 Kohlekraftwerken sind der Knackpunkt für die Ernsthaftigkeit der Klimapolitik der Bundesregierung. Bis zu 140 Mio. t. CO<sub>2</sub> könnten die neuen Kolosse jährlich freisetzen. Dennoch unterstützt ausgerechnet Bundesumweltminister Gabriel den Neubau mit aller Kraft, durchaus auch gegen die Teile der eigenen Partei – wie das Beispiel Krefeld zeigt – und auch gegen Bevölkerung vor Ort, in Ensdorf und anderswo.

Gabriels Rechnung zufolge sinkt unterm Strich die CO<sub>2</sub>-Emission, wenn die vielfach überalterten Kohlendioxid-Kleudern im heutigen Kraftwerkspark durch etwas effizientere Neukraftwerke ersetzt werden. Doch diese Rechnung ist grundfalsch und sie widerspricht der eigenen Klimalogik der Bundesregierung!

Denn die Bundesregierung kündigt an, die CO<sub>2</sub>-Emission im Stromsektor von heute 370 Mio. t auf 280 Mio. t. CO<sub>2</sub> jährlich in 2020 absenken zu wollen. Dabei werden zu diesem Zeitpunkt die heute bereits bestehenden Kohlekraftwerke allein 260 Mio. t CO<sub>2</sub> jährlich ausstoßen. Nach Rechnung der Bundesregierung dürften neue Kraftwerke in 2020 insgesamt höchstens 20 Mio. t CO<sub>2</sub> freisetzen – ein völlig unrealistisches Szenario. Die Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe zeigen eindeutig, dass neue Kohlekraftwerke und Klimaschutz einander ausschließen. Da nutzt auch die vage Hoffnung in die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Lagerung (CCS) nichts. Denn Kraftwerksbetreiber und Bundesregierung gehen davon aus, dass die Technik vor 2020 mit Sicherheit nicht zur Verfügung stehen wird.

Noch gravierender sind die Auswirkungen von Gabriels Kohleplänen im Zeitraum nach 2020. Denn die Kohle-Kolosse würden über Jahrzehnte Investitionen in eine effiziente, dezentrale und klimafreundliche Stromversorgung behindern. Das Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emission bis 2050 um mindestens 80 % zu senken, verspielt die Bundesregierung leichtfertig und wider bessern Wissens schon heute.

## **3. Kein Geld für's Klima**

Die von der Bundesregierung angekündigten 2,6 Milliarden Euro für Klimaschutzmaßnahmen sind eine Luftbuchung. Denn bei 2,2 Milliarden handelt es sich um Maßnahmen, die bereits lange vor der Verabschiedung des Meseberg-Papiers, in den Haushaltsentwurf eingestellt wurden. Dazu gehören auch die 400 Mio. Euro aus den Einnahmen des CO<sub>2</sub>-Handels, die zu 75 % von Schwarz-Rot im Haushaltsausschuss des Bundestages gesperrt worden sind. Von zusätzlichen Geldern für die Umsetzung des Klimaschutz-Programms kann also kaum die Rede sein.

Gleichzeitig subventioniert die Bundesregierung die klimaschädliche Steinkohle trotz beschlossenen Ausstiegs bis 2018 noch mit bis zu 38 Mrd. Euro, begünstigt Unternehmen bei der Stromsteuer, befreit Mineralölhersteller von Steuern und erlässt bei grenzüberschreitenden Flügen die Mehrwertsteuer. Würde sie es ernst mit dem Klimaschutz meinen, müsste Frau Merkel hier umsteuern.

### **3. Versagen im Verkehrsbereich**

Besonders schwach ist die Klimabilanz der Bundesregierung im Verkehrsbereich. Der preiswertesten Klimaschutzmaßnahme, nämlich der Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen, verweigert sich die Bundesregierung beharrlich, trotz anderslautendem SPD-Beschluss. Damit wird die Chance zur kostenlosen Einsparung von 2,5 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr vertan.

Völlig unzureichend sind zudem die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Autos. Hier hat Frau Merkel in Brüssel persönlich auf die Bremse gedrückt und dafür gesorgt, dass der bis 2012 geltende EU-Vorschlag von 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer auf 130 g CO<sub>2</sub>/km angehoben wurde. Allein dadurch hat die Bundesregierung eine jährliche CO<sub>2</sub>-Minderung um rund 10 Mio. t CO<sub>2</sub> bewusst verspielt.

Die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO<sub>2</sub>-Basis quält sich dahin und wird von der Bundesregierung jetzt noch einmal an die Länder verschoben. Mehr als Eckpunkte gibt es nicht. Die darin vorgesehene lineare Staffelung der Steuerhöhe wird dazu führen, dass es sich finanziell kaum lohnt, auf sparsame Fahrzeuge umzusteigen. Klimapolitisch wird das ein Nullsummenspiel.

### **4. Erneuerbare Energien bleiben Beiwerk**

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien profitiert die Bundesregierung vom unter rot-grün verabschiedeten EEG. Doch anstatt dieses Instrument auszubauen, wird es schlecht verwaltet. Die vorgesehene Novelle gefährdet die dynamische Entwicklung vor allem der Wind- und Solarwirtschaft in Deutschland. Bereits im laufenden Jahr sind die Investitionen in die Windkraft um mehr als ein Viertel gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Dass die erneuerbaren Energien unter schwarz-rot nicht mehr Leitmarkt für eine klimaverträgliche Zukunft, sondern bestenfalls noch Beiwerk zur Klima-Performance sind, zeigt sich besonders beim Wärmegesetz für Erneuerbare Energien. Das Wärmegesetz gilt nur für Neubauten und lässt somit den viel bedeutenderen Gebäudebestand außen vor. Und selbst bei den Neubauten steht der Pflichtanteil für erneuerbare Energien lediglich auf dem Papier. Es gibt so viele Ausnahmen, dass die Ausnahme bereits zur Regel wird. Der Klimaschutz bleibt ebenso auf der Strecke wie der Aufschwung für zehntausende Handwerksbetriebe und umweltorientierte Anlagenbauer.

### **5. Zögern und Zaudern beim Wärmeverbrauch**

Ein Drittel der Kohlendioxid-Emission wird durch den Wärmeverbrauch in Gebäuden verursacht. Die Sparpotenziale sind hier immens. Der Wärmeverbrauch in Bestands-

bauten beträgt häufig weit über 200 kWh pro Quadratmeter und Jahr (kWh/m<sup>2</sup>a). Er kann durch bessere Dämmung und eine effiziente Heizung mindestens halbiert werden. Bei Neubauten sind dagegen inzwischen ein Wärmeverbrauch von 10 bis 15 kWh/m<sup>2</sup>a möglich, 60 kWh/m<sup>2</sup>a können als Stand der Technik bezeichnet werden, die aktuell gültige Energie-Einsparverordnung (EnEV) erlaubt hingegen bis zu ca. 100 kWh/m<sup>2</sup>a.

Im Gebäudebereich zögert und zaudert die Bundesregierung seit Jahren bei der Umsetzung wirksamer Klimaschutzmaßnahmen, obwohl hier 30 % der gesamten Energie in Deutschland verbraucht werden. Eine Verschärfung der EnEV ist längst überfällig. Doch die Anfang 2008 in Kraft tretende Neufassung der EnEV bringt an diesem Punkt nichts. Nun hat die Bundesregierung für das kommende Jahr eine Verschärfung der EnEV bis 2009 angekündigt – und damit schon wieder mindestens ein Jahr verloren.

Während dessen werden nur etwa 0,7 % der bestehenden Gebäude pro Jahr energetisch saniert. Der Abruf aus dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ist im laufenden Jahr um 60 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Der Austausch klimaschädlicher und teurer Nachtstromspeicherheizungen wird ebenfalls auf die lange Bank geschoben, nicht einmal einen Stopp der Neuinstallationen wird es geben. Ein CO<sub>2</sub>-Minderungspotenzial von 23 Mio. t wird so verspielt.

Das Versagen der Bundesregierung beim Energiesparen im Gebäudebestand zeigt denn auch in der mageren CO<sub>2</sub>-Bilanz. Statt der im IKEP vorgesehenen optimistischen jährlichen Einsparung von 40 Mio. t CO<sub>2</sub>, kommt Greenpeace bei seiner Berechnung auf nicht einmal 7 Mio. t.